



## Neuer Anlauf für mehr Auslauf

2022 scheiterte die Massentierhaltungsinitiative an der Urne. Nun fordert ein neues Bündnis von Tierschutzverbänden mit der Auslauf-Initiative regelmässigen Zugang ins Freie für Nutztiere – und sucht zugleich den Dialog mit der Landwirtschaft. ✍ LARA AEBI

**D**as Thema Massentierhaltung beschäftigt die politische Schweiz einmal mehr: Im Oktober 2025 rief der Verein Sentience Politics in Zusammenarbeit mit KAGfreiland, der Stiftung für das Tier im Recht (TIR) und **Vier Pfoten** die «Initiative für regelmässigen Auslauf ins Freie» ins Leben. Die Kernforderung der sogenannten Auslauf-Initiative steckt bereits in ihrer Bezeichnung: Alle landwirtschaftlich gehaltenen Tiere sollen regelmässig ins Freie dürfen. Der Zugang nach draussen ist laut dem Initiativkomitee derzeit nur bei 15 Prozent der 80 Millionen Tiere in der Landwirtschaft gewährleistet. Die restlichen 85 Prozent – rund 68 Millionen Tiere – verbringen ihr gesamtes Leben im Stall. «Viele sehen den freien Himmel nur einmal: am Tag ihrer Schlachtung. Und das in einem Land, das sich rühmt, besonders tierfreundlich zu sein. Die Auslauf-Initiative will das ändern», schreibt das Initiativkomitee auf seiner Website.

Die neue Volksinitiative ist nicht ausformuliert, sondern in der Form einer allgemeinen Anregung gestellt – einem politischen Instrument, welches bisher kaum je angewendet wurde. Das bedeutet: Die Initiative formuliert lediglich den politischen Auftrag, nicht aber den genauen Gesetzestext. Im Fall einer Annahme wäre das Parlament verpflichtet, einen Umsetzungsvorschlag zu erarbeiten.

Der Wortlaut des Initiativtextes lautet wie folgt: «Der Bund stellt sicher, dass alle landwirtschaftlich gehaltenen Tiere regelmässigen Auslauf ins Freie erhalten. Er stellt sicher, dass die Umsetzung sozialverträglich erfolgt und erlässt zusätzlich Vorschriften über den Import von Tieren und Tierprodukten, die dem Grundsatz der Initiative Rechnung tragen.»

Die Auslauf-Initiative knüpft damit im Grundsatz an die Forderungen der Massentierhaltungsinitiative an: mehr Tierwohl, strengere Mindeststandards für die

Datum: 28.05.2026

Autor: Lara Aebi

Tierhaltung und damit bessere Lebensbedingungen für Schweizer Nutztiere. Diese Forderungen lehnten Volk und Stände im September 2022 mit knapp 63 Prozent ab – ein Abstimmungsresultat, über das sich der Schweizer Bauernverband (SBV) freute. Dass knapp drei Jahre später erneut eine Tierhaltungsinitiative lanciert wurde, bezeichnet er hingegen als «mangelnden Respekt vor dem Volkswillen»: «Die Initianten würden ihre Zeit und Mittel besser in die Förderung der verschiedenen Tierwohllabels investieren. So könnten sie einen nützlichen Beitrag für noch mehr Tierwohl in der Schweizer Nutztierhaltung leisten», betont Mediensprecherin Sandra Helfenstein. Es bestehe ein grosses Angebot an tierischen Lebensmitteln aus Labelproduktion mit Anforderungen, die über den bereits guten gesetzlichen Standard hinausgingen – inklusive des von der Initiative geforderten Auslaufs ins Freie. «Was aktuell fehlt, ist die ausreichende Nachfrage nach solchen Lebensmitteln, die aus besonders tierfreundlicher Haltung stammen», so Helfenstein. «Der Wurm steckt also nicht in der Produktion, sondern im Konsum.» Folglich setze die Initiative am falschen Ort an.

Die Initianten sehen das anders: «Die Gegenseite reduziert das Problem auf individuelle Kaufentscheidungen und blendet strukturelle Marktmechanismen aus», argumentiert Laura Baumann vom Initiativkomitee der Auslauf-Initiative.

### Gespräche hinter den Kulissen

Kommt es also einmal mehr zum Abstimmungskampf zwischen Landwirtschaft und Tierschutz? Jein. Im Januar berichtete der Tages-Anzeiger, dass sich die beiden Lager seit letztem Sommer wiederholt getroffen und darüber diskutiert hätten, ob sie sich auf anderem Weg abseits einer neuen Volksinitiative finden könnten. «Wir haben nach dem Austausch mögliche Ansätze vorgeschlagen, wie man das Tierwohl auf Basis der aktuellen Gesetzgebung weiter verbessern könne, und diese den Initianten unterbreite», bestätigt SBV-Mediensprecherin Sandra Helfenstein. Ob und in welcher Form eine Annäherung gelinge, sei momentan noch offen, schreibt Laura Baumann vom Initiativkomitee. «Um dieser bislang seltenen Zusammenarbeit ausreichend Raum zu geben, wurde entschieden, den Start der Initiative um einige Wochen zu verschieben.» Soll heissen: Der Beginn der notwendigen Sammlung von 100'000 gültigen Unterschriften wurde vom Frühling auf den Sommer dieses Jahres verschoben. Sollte mit dem Bauernverband eine Einigung erzielt werden können, die zu deutlich mehr Auslauf führen würde, wären die Initianten bereit, die Auslauf-Initiative zurückzuziehen. Andernfalls würde sie den üblichen Prozess einer Volksinitiative durchlaufen. Baumann zeigt sich zuversichtlich: «Unsere Initiative stösst auf breite Unterstützung. Mehr als 7500 Personen haben im Rahmen der Vorkampagne zugesichert, gemeinsam über 300'000 Unterschriften zu sammeln. Das zeigt den grossen Rückhalt für unser Anliegen in der Bevölkerung.» Zu einer ersten Volksabstimmung über die Auslauf-Initiative könnte es frühestens 2029 kommen.

